

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatl. RM. 650, vierteljährl. RM. 1950.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
Innereutschen Verkehr 1950.— einschl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 25 RM. —; Girokonto Nr. 50 bei der
Oberamtsparlasse Reutenburg, Zweigstelle Wildbad.
Bankkonto: Direction d. Discountes, Zweigst. Wildb.
Postcheckkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren
Raum RM. 35.—, auswärts RM. 40.—; Reklame-
zeile 100 RM. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Offerten u. bei Zustellung werden
jeweils 10 RM. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. In Konfurs-
fällen oder wenn gerichtliche Vortreibung notwendig
wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 12

Februar 1929

Wildbad, Dienstag, den 16. Januar 1929

Februar 1929

58. Jahrgang

Der Feind im Ruhrland!

Ruhrbesetzung und Kohlen- versorgung

Frankreich holt zum letzten entscheidenden Schlag gegen Deutschland aus, indem es das Hauptgebiet der jetzigen deutschen Kohlenversorgung besetzt mit der ausgesprochenen Absicht, sich der Naturkräfte des Rheinlands und der angrenzenden Gebiete zu bemächtigen.

Die Stadt Essen ist der Mittelpunkt der Kohlenversorgung Deutschlands. Durch die Wegnahme dieser Stadt geht der wichtigste Teil der deutschen Kohlenversorgung in französische Hände über. Die Besetzung des Ruhrgebietes ist die Ausführung eines wirtschaftlichen Systems, das auf dem Wege des Rechts nicht durchzuführen ist, sondern eben nur mit Gewalt. Frankreich ist gar nicht in der Lage, den Erzreichthum, den es durch den Friedensvertrag in Lothringen erhalten hat, in eigenen Werken zu verarbeiten; es ist darauf angewiesen, zur Speisung neu zu errichtender Werke mit Kohlen des Bezugs der deutschen Kohlen in genügender Ausmaße für alle Zukunft sicher zu sein. Dies ist der Schlüssel für das dauernde gewalttätige Streben Frankreichs nach dem Ruhrgebiet. Und Frankreich wird die Hand von diesem Stand nicht mehr zurückziehen, auch nicht, wenn ihm von anderer Seite ein Schuldenerlass oder ein Schuldennachlaß verheißen werden sollte, weil Frankreich durch die Besetzung des Hauptteiles des Ruhrgebietes zu einem geschlossenen Wirtschaftskörper wird.

Die deutsche Kohlenförderung betrug im Jahr 1913 1915 Millionen Tonnen. Davon sind verloren gegangen Essig-Lothringen mit 3,8 Millionen Tonnen, das Saargebiet mit 12,2 Millionen Tonnen, von der oberschlesischen Förderung 43,8 Millionen Tonnen, so daß unter Jurisdiktion der Förderungsverhältnisse des Jahres 1913 für Deutschland eine Jahresförderung von 130,7 Millionen Tonnen verbleiben würde. Hiervon wäre der Selbstverbrauch der Gruben mit etwa 20,7 Millionen Tonnen abzuziehen, so daß 110 Millionen Tonnen verbleiben würden. Davon gehen noch ab die Lieferungen an die Feindstaaten, so daß etwa 86 Millionen Tonnen Kohlen übrigbleiben. Nun ist aber die Kohlenförderung trotz starker Vermehrung der Arbeiterschaft infolge der Herabsetzung der Arbeitszeit auf praktisch 5/6 Stunden für die Schicht ganz erheblich zurückgegangen, und im Jahr 1922 hat sie nur 62,7 Millionen Tonnen betragen. Da allein der Inlandsbedarf Deutschlands schätzungsweise 100 Millionen Tonnen ausmacht, kann man ermaßen, welche erheblichen Mengen aus dem Ausland, namentlich aus England bisher schon eingeführt werden mußten. Allein im Oktober wurden 2140 000 Tonnen Steinkohlen besonders aus England eingeführt, vornehmlich um nur den Betrieb der Reichseisenbahnen aufrechterhalten zu können. Nun ist auch die Grundfrage der deutschen Kohlenversorgung, der Hauptteil des Ruhrgebietes, der deutschen Verfügung entzogen. Da zudem die englische Kohle nicht in Markt, sondern in englischen Pfunden bezahlt werden muß, wird man erlernen, welche Unsummen für die Aufrechterhaltung des deutschen Wirtschaftslebens auf etwa heutigem Stand notwendig wären. Denn die Welt ist heute so entwertet, daß sie fernerhin derartige Anschaffungen für die deutsche Wirtschaft nicht mehr gestattet. Folge: Korre Einschränkung der wirtschaftlichen Betriebe, Arbeitslosigkeit. Da aber der Stand der Welt auch die Einfuhr der notwendigen Lebensmittel, die bisher schon auf ein Mindestmaß beschränkt war, weiter erschwert, wird eine weitere Verelendung der Massen folgen, die wiederum erfahrungsgemäß in innerpolitischen Explosionen ein Ventil sucht. Das Ziel des französischen Hasses kommt seiner Erfüllung näher.

Die Hauptfrage für die deutsche Wirtschaft und für die deutsche Politik ist jetzt die, ob Deutschland einzig genug ist, den Dingen zu trotzen, und ob diese Einigkeit in der Lage ist, uns moralisch über die schwerste Zeit, die Deutschland seit dem westfälischen Frieden zu durchleben vom Schicksal berufen ist, hinwegzubringen. Die Zukunft muß den Beweis dafür erbringen, ob die landläufige Redewendung, daß ein 80 Millionen-Volk nicht untergehen kann, in dieser Fassung richtig ist.

Aus der Geschichte der Stadt Essen

Keine andere Stadt in deutschen Landen spiegelt so sinnfällig den gewaltigen Aufschwung wider, den das deutsche Volk seinem Gewerbetreib und Unternehmungslust seiner Industrie verdankt, wie Essen, das die Ausländer bezeichnenderweise das deutsche Pittsburg genannt haben. In der Tat, wahrhaft amerikanisch und beispiellos auf dem

Tagespiegel

Der aus Paris aberberufene Botschafter Dr. Mayer wird, wie verlautet, auf seinen Posten nicht mehr zurückkehren. Er soll an einem Magenleiden erkrankt sein. Dr. Mayer ist in München eingetroffen.

Dem Reichstag ist eine Nachtragsforderung von 3 Milliarden Mark zur Verbilligung von Milch für kleine Kinder zugegangen. Von den Bundesstaaten und den Gemeinden sollen starke Zuschüsse gemacht werden.

Kallen wird nach dem „Gazette d'Italie“ noch 8 Ingenieure nachsenden, im ganzen werden also 10 italienische Ingenieure die Wunder der deutschen Großindustrie im Ruhrgebiet anschauen und ausfundschaften. Frankreich verlangt ferner die Abwendung von Zollbeamten und Arbeitern; bezüglich der Zollbeamten hat Mussolini noch keine Entscheidung getroffen.

Die Kosten des französischen Einfalls werden schon jetzt auf 7 Millionen Goldmark monatlich geschätzt. Soweit die Truppen mit der Bahn befördert werden, entstehen allein Kosten von einer Million Goldmark. Demgegenüber haben die rücksichtigen Kohlenlieferungen einen Wert von 23 Millionen, die Holzlieferungen einen solchen von 2 1/2 Millionen Mark. Summen, die in keinem Verhältnis zu den Besetzungskosten stehen. Den Franzosen ist es eben nicht um die Bezahlung zu tun, sondern um die militärische Besetzung.

Nach dem „Echo de Paris“ beschäftigt die französische Regierung, die Kohlenverwertung für die Verbündeten auf 1,8 Millionen Tonnen und die Erträge aus den übrigen Pfändern so zu steigern, daß ein Jahresergebnis von 1 1/2 Milliarden Goldmark zu erwarten ist. Wahrscheinlich ließe sich das schon erreichen, wenn man z. B. alle Wälder radikal niederhaut und in dieser Weise auch sonst wirtschaftet. Den Franzosen kommt es darauf an, den Engländern zu beweisen, daß die französische Unzufriedenheit und Auffassung der Entschädigungsfrage die richtige sei, um den angelsächsischen Widerstand wegzuräumen. Im Hintergrund bleibt natürlich der Länderraub.

Ueber Paris wird gemeldet, daß die Engländer im Gebiet von Moskau die Städte Rewendus und Erbil, sowie verschiedene Dörfer durch Fliegerbomben zerstört haben.

Kontinent ist das Wachstum, ist die städtische und industrielle Entwicklung von Essen in den letzten zwei Jahrzehnten vor dem Krieg gewesen und auch Deutschlands Niedbruch hat das Riesenhafte dieses Mittelpunkts schwerster Arbeit nicht zu hemmen vermocht. Mehr als eine halbe Million Seelen vereint heute der Stadtkreis Essen in seiner Gemarkung, und die enge, winklige, hügelige Altstadt ist längst mit dem sie umgebenden Kranz wohlreicher Industrieorte, wie Altdorf, Borbeck, Altsessen und anderen zu einem einheitlichen Gemeinwesen politisch und wirtschaftlich verwachsen.

Essen in seiner heutigen Gestalt ist durchaus eine Schöpfung der neuesten Zeit. Wenige Jahrzehnte haben genügt, um aus einer kleinen, stillen Provinzstadt einen Riesenzentrum zu machen, der unter den Großstädten Deutschlands nach Berlin und Köln jetzt an dritter Stelle steht. Bei der Volkszählung von 1895, also in den ersten Jahren des Anfangs der großen industriellen Entwicklung, befand sich Essen noch nicht einmal unter den Großstädten; es hatte damals erst 96 000 Einwohner. Aber schon im Jahr 1900 war es auf 119 000 Seelen angewachsen und hatte alle Kulturstädte, wie Krefeld und Kassel, bereits überflügelt. Im Jahr 1903 hatte Essen sich schon wieder fast verdoppelt und 230 000 Einwohner. Rund 100 Jahre vorher, im Jahr 1803, als die Stadt an Preußen gekommen war, war Essen noch ein kleines Landstädtchen mit 3000 Bewohnern gewesen. Mauern, Reste mittelalterlicher Befestigungen waren noch da, sollten aber nun bald fallen, nicht etwa, weil ein plötzliches Bedürfnis zur Ausdehnung des Weichbilds vorlag, sondern weil man das üble Pflaster endlich einmal verbessern wollte, und weil die alten Mauern das billigste Material dazu lieferten.

Essen war ehemals der Sitz einer Benediktiner-Frauenabtei, die im Jahr 873 vom Bischof Alfred von Hildesheim als Nonnenkloster gestiftet und 400 Jahre später, Anno 1275, in eine reichsunmittelbare, gefürstete Frauenabtei umgewandelt wurde, die zwar auch 20 Stifthsherren enthielt, aber dauernd unter weltlichem Regiment blieb. Das Kapitel bestand aus 10 Prinzessinnen und Gräfinnen; die Abtissin, die meist einem regierenden Haus entnommen wurde, hatte als Reichsfürstin Sitz und Stimme auf der rheinischen Prälatenbank. Zu dem Gebiet der Abtei, die

etwa zwei Quadratmeilen umfaßte, gehörten die Städte Essen, Steele und noch mehrere Dörfer. Den großen Wendepunkt in Essens Geschichte bildete das Jahr 1803, das unzähligen kleinen geistlichen Herrschaften ein Ende machte. Mit ihnen allen zusammen wurde auch das Stift Essen säkularisiert und kam an Preußen. Durch den unglücklichen Krieg ging dieses aber mit allen seinen westdeutschen Besitzungen auch Essens wieder verlustig, und im Frieden von Tilsit wurde die Stadt mit dem Großherzogtum Berg vereinigt. Im Jahr 1815 wurde Essen an Preußen zurückgegeben, und von da ab hat bis zum heutigen Tage, mehr als ein Jahrhundert hindurch, keine fremde Heermacht Essens Boden betreten.

Nun marschieren Franzosen inmitten des großstädtischen Gewässers der Kettwiler Straße. In dem von dichtem Menschengewühl erfüllten Ennapp der Limbederstraße, die so eng und belebt ist, daß den ganzen Tag hindurch kein Fuhrwerk ihren Asphalt passieren darf, werden die ungebetenen Gäste mit dem Köppi eine fremdartige Erscheinung bilden. Diese Limbeder Straße, die bis zum Limbeder Platz führt, wo das gewaltige Stadtviertel der Kruppischen Werke beginnt, ist charakteristisch für Essens Entwicklung. Kaum ein einziges der alten, niedrigen, mit grünen Fensterläden an gestaffelten bergischen Häuser steht hier noch; der Ennapp, noch schmaler als die berühmte Höhe Straße in Köln, wird beiderseits eingefast von modernen Geschäftspalästen mit großen und eleganten Kaufläden, rastlosem Verkehr und dichtem Menschengewühl.

Einmal wird der Tag kommen, da Essen das Herz jener ungeheuren Industriewelt sein wird, die sich ununterbrochen von Duisburg bis Dortmund erstrecken wird; einmal wird der Tag kommen, da der Franzose diese uralte deutsche Stadt freigegeben muß und neue Blüte auf diesem vom Schweiß schwerer Arbeit gedüngten bergischen Boden an der Ruhr zur Entfaltung kommt.

Weitere Ausdehnung der Besetzung

Essen, 15. Jan. Im Norden sind die französischen Vortruppen über Herten und Reddinghausen nach Datteln vorgestoßen. Im Süden sind große Massen auf dem Weg von Werden über Kupperdreh und Hattingen, Hattingen und Blankenstein sind besetzt. Eine dritte Division ist zur Besetzung von Bochum von Gerresheim aus im Vormarsch. Reitmänn, Wilsbroth, Keiviges, Velsert und Langenberg sind bereits von starken Reiter- und Infanterieabteilungen besetzt.

Paris, 15. Jan. Der Kriegsrat hat unter Vorsitz Poincarés beschlossen, die Besetzung weiter auszudehnen, angeblich als Strafe für den „passiven Widerstand“ der Deutschen. Es ist aber festgestellt, daß die erweiterte Besetzung schon lange vorbereitet war, und daß Italien schon vor dem Einmarsch dagegen Widerspruch erhob.

Als Strafmaßnahme soll nach dem „Journal“ beabsichtigt sein, eine von Berlin unabhängige Verwaltung im besetzten Ruhrgebiet einzurichten und eine neue Währung einzuführen, einen Taler, der zwar geringeren Kaufwert hätte, als der französische Franken, aber einen erheblich höheren Wert als die Reichsmark. Die Pariser Mächte begehnen es als einen Erfolg der Ruhrbesetzung, daß die deutschen Zechenbesitzer sich bereit erklärt haben, die Kohlenlieferungen an Frankreich wieder aufzunehmen, wenn es sich zur Bezahlung verpflichtet. Die Tatsache, daß die Familie Krupp den General Fournier zum Tee einladet, beweise, daß die Grubenbesitzer sich der Politik Poincarés unterworfen haben. Das Ziel seine Vereinigung der französischen und deutschen Kohlen-, Eisen- und Stahlindustrie.

Die Rote und die Grüne Zone

Paris, 15. Jan. Nach dem Beschluß des Ministerrats, wird in dem neubesetzten Gebiet der Ruhr die Kohlensteuer vom Mittwoch ab erhoben. Die Bezirke von Dortmund, Witten und Barmen, die mehr Industrie- als Grubengebiete sind, sollen unbefestigt bleiben. Das jetzt neu zu besetzende Gebiet wird in Frankreich die „Rote Zone“, das bereits besetzte Gebiet die „Grüne Zone“ genannt. Die „Rote Zone“ soll nach dem „Petit Parisien“ 54 Millionen Tonnen, die „Grüne Zone“ 26 Millionen und das linksufrige Rheinland 6 Millionen Tonnen Kohlen liefern. Nach vollständiger Besetzung würden also die Franzosen und ihre Verbündeten 86 Millionen Tonnen Kohlen erhalten. Das würde in weitestem Maß genügen, um die Forderung der Entschädigungskommission mit 19 Millionen Tonnen und die Bedürfnisse des Ruhrgebietes zu befriedigen. Die Kohlensteuer sei notwendig, um die Zechenbesitzer für ihre Lieferungen an die Verbündeten zu entschädigen.

Das Blatt teilt ferner mit, die Machtbefugnisse des französischen Oberkohlenkommissars Coste werden auch auf das linksufrige Rheinland ausgedehnt. Weitere Maßnahmen (neue Währung, D. Schr.) werden notwendig sein, wenn z. B. die Reichsbank das Ruhrgebiet nicht mehr mit dem nötigen Geld versehen würde.

Reuter meldet aus Washington, die amerikanische Regierung warte ab, ob die französische Meinung bezüglich der Zahlungsfähigkeit Deutschlands die Probe bestehe. Sollte sie sich als richtig erweisen, so liege für Amerika kein Anlaß zum Eingreifen vor; würde sie sich aber als falsch herausstellen, so müßte der Vorschlag des Staatssekretärs Hughes, die Entschädigungsfrage an eine Körperschaft internationaler Finanzleute zu überweisen, als Grundlage für eine neue Konferenz angesehen werden.

Reichsverbot der Kohlenlieferungen an den Verband

Berlin, 15. Jan. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, ist die Darstellung der französischen Presse über die Verhandlungen der Besatzungsbehörden mit den Grubenbesitzern des Ruhrgebiets am 11. Januar irreführend. Die Besatzungsbehörden haben die Lieferungen von Kohlen an die Verbündeten an die Bedingung geknüpft, daß die Kohlen bar bezahlt werden und daß nicht entgegenstehende Verfügungen des Reichs erfolgen. Der Reichskohlenkommissar hat nun, nachdem er von diesen Verhandlungen Kenntnis erhalten hatte, unterm 15. Januar mit Rücksicht auf den Elberfelder Fall die Besatzung von Kohlen und Koks an Frankreich und Belgien verboten, selbst wenn Barzahlung oder Voranschuß darauf gegeben würde.

Wie zu Napoleons Zeiten

Essen, 15. Jan. General Degoutte hat befohlen, daß sämtliche Waffen und Munition, die sich im Besitz der Zivilbevölkerung befinden, bis 16. Januar an die Gemeindebehörden abgeliefert sein müssen, die der Besatzungsbehörde zur Verfügung einzureichen haben.

Die Stadt B... (Westf.) ist besetzt. Beim Einmarsch sollen die Franzosen mit Steinen beworfen werden sein. Der französische Befehlshaber verlangt die Bestrafung des Polizeidirektors. Im Wiederholungsfall werde geschossen.

Wegen der Polizeistunde entspann sich in einem Vorort von Essen eine Auseinandersetzung zwischen Polizeibeamten und französischen Offizieren. General Saiguelot befahl dem Oberbürgermeister Dr. Bucher, Vertreter in der Nähe des Generals bereit zu halten, die jederzeit seine Befehle auszuführen haben. — Der Befehlshaber der 47. Infanterie-Division in Altesloh hat befohlen, daß ein Anschlag der Besatzungsbehörde, der abgerissen worden war, neu angebracht und Tag und Nacht durch deutsche Polizeiposten bewacht werde. Bei Wiederholung werde auch die Polizei schwer bestraft. Dagegen sollen die Anschläge mit den Beschlüssen der französischen Kommunisten (die die Besatzung verurteilen) sofort entfernt werden.

Der Kommandeur der 218. Division, General Fourmer in Essen, hat der Polizei im unbesetzten Gebiet verboten, Amtshandlungen im besetzten Gebiet vorzunehmen. Militärpersonen dürfen das besetzte Gebiet nicht ohne Erlaubnis betreten. Versammlungen sind nur mit Erlaubnis der Besatzungsbehörde erlaubt. Die Polizeistunde wird verlängert. Von den Franzosen dürfen in den Geschäften keine höheren Preise verlangt werden. Ueberall sind Breistafeln anzubringen. In den Gasthöfen sind fast alle Zimmer für die Franzosen belegt. Der General verlangte von der Stadt Räumlichkeiten, um eine französische Buchhandlung zu errichten.

Wieder eine Poincaré-Lüge festgestellt

Hamburg, 15. Jan. In der französischen Kammer hat Poincaré behauptet, die deutsche Reichsregierung habe die Akten des Kohlenindikats von Essen fortgeschaffen lassen, um die Verfehlungen des Reichs zu verdecken. — Demgegenüber erklärt das Kohlenindikats im „Hamb. Fremdenblatt“, daß gerade die Akten, die die Kohlenablieferungen an den Verband bearbeiteten, absichtlich in Essen zurückgelassen worden seien.

Sie werden doch nicht bezahlen!

Paris, 15. Jan. Eine Pariser Wochenchrift berichtet, als die Pariser Konferenz abgebrochen worden sei, habe der Finanzminister de Lasteyrie erregt ausgerufen: „Wenn doch bloß jetzt nicht die Deutschen am 15. Januar bezahlten!“

Im Himmelmoos.

Von Hermann Schmid.

28. (Nachdruck verboten.)

In der Hand des Toten lag ein abgerissener Hornknopf aus welchem ein Hirschkopf abgebildet war. Ein Schauer überlief die Versammlung, und der Pfarrer faltete die Hände.

Auch Wildl hatte sich erhoben und genähert. Ueber die Totenhand hinweg fiel der Blick Judika's auf ihn: unwillkürlich und fast unwissend stieß sie einen grellen Schrei aus, daß alle erschrocken aufjahren und ihre Augen, die gleiche Richtung verfolgend, ebenfalls sich auf Wildl hefteten.

Alle standen eines Atems Dauer starr und stumm, der Pfarrer aber hob die Hand gegen den Himmel und rief mit erschütterter Stimme:

„Gott der Gerechtigkeit! Deine Wege sind wahrhaftig wunderbar.“ Dann streckte er gebieterisch die Hand gegen Wildl aus, der sich wieder der Leiche zuwenden wollte. „Zurück von diesem Toten!“ rief er feierlich. „Du hast keinen Teil mehr an ihm. Ist es denn wirklich möglich? Soweit hat Dich die Habgucht und die sinnliche Begierde verführt? So entgeglic hast Dich Gott verlassen, daß Du es nicht erwarten konntest, bis er den alten Mann in die Ewigkeit abgerufen nach den Gesetzen der Natur? Zurück von diesem Toten, Du — ärger als Cain! Zurück, Vaternörder!“

Wildl stand ihm gegenüber wie versteinert und sah ihn mit weit aufgerissenen Augen an. Ein glühendes Rot überzogen seinen Stirn und Gesicht, um mit dem nächsten Atemzuge totenhafter Blässe zu weichen. Er bebte und tastete um sich, als suche er etwas woran er sich halten könnte, um nicht zusammenzustürzen.

„Aber um Gottes Willen, Hochwürden, was denken Sie denn?“ stieß er mit zuckenden Lippen hervor.

„Fragest Du noch?“ rief der Geistliche wieder, indem er den Knopf in die Höhe hielt. „Blicke hierher! Dieser

Paris — Warschau — Prag

Berlin, 15. Jan. Trotz aller Ablenkungen behaupten sich die Gerüchte, daß zwischen der französischen, der polnischen und der tschechischen Regierung geheime Abmachungen für den Fall getroffen seien, daß Deutschland die diplomatischen Beziehungen zu Frankreich abbrechen sollte. Polen und die Tschechen sollen ihre Gesandtschaften in Berlin sofort zurückrufen und sich bis auf Befehl aus Paris militärisch bereit halten. Der polnische Einmarsch solle sich auf das deutsch gebliebene Oberschlesien und Ostpreußen, der tschechische auf die Kreise Gloggnitz und Glatz in Schlesien beschränken. — Zunächst wohl ein Schreckschuß, um Deutschland zur Nachgiebigkeit zu zwingen.

Fremde Rundgebungen gegen die Besetzung

London, 15. Jan. Alle drei englischen Arbeiterorganisationen, Gewerkschaften, Arbeiterpartei und Kommunistische Fraktion haben den Einmarsch ins Ruhrgebiet in Entschuldigungen scharf mißbilligt, der Europa mit wirtschaftlicher Auflösung und neuem Krieg bedrohe.

Die französische Kommunistische Partei hielt in einem Vorort von Paris eine Einspruchsversammlung gegen die Besetzung ab.

Die Sowjetregierung erließ einen „Aufruf an alle Völker“, sich dem Einspruch gegen die Besetzung anzuschließen.

Die Zurückziehung der amerikanischen Besatzungstruppen in englischer Auffassung

London, 15. Jan. Der Vertreter der „Times“ in Washington schreibt dem Blatt, es sei eine feststehende Tatsache, daß die amerikanische Regierung die Abänderung des Vertrags von Versailles für die unerlässliche Vorbedingung für den Wiederaufbau Europas ansehe. Die Abberufung der amerikanischen Truppen aus dem Rheinland seien ein sichtbares Zeichen des Aergers über das französische Vorgehen. Die amerikanische und die französische Regierung treiben rasch in eine Lage hinein, in der für lange Zeit ein wirksames Zusammenarbeiten unmöglich werde. Und die scharfe Stellungnahme Amerikas werde früher oder später eine entscheidende Rückwirkung auf die englische Politik ausüben trotz der kampfhaften Bemühungen der englischen Regierung, alles zu vermeiden, was als Parteinahme für das vergewaltigte Deutschland ausgelegt werden könnte. Auch in Italien dürfte die Rückwirkung stark sein. Mussolini bereits von Poincaré abzurufen. Die Beendigung der Friedenskonferenz in Lausanne dürfte manche Aufklärung bringen.

Was nun?

Die französischen Blätter haben in den letzten Tagen behaglich auseinandergesetzt, was die französische Politik jetzt unternehmen werde, um mittels der wirtschaftlichen Auflösung an die Stelle des geeinigten Deutschlands „Die Deutsche“ wenn nicht Schlimmeres zu setzen. Die „Liberté“ wünschte inbrünstig, „der Himmel möge Deutschland in die größte Verwirrung bringen“. In gewissem Sinn war in Paris die deutsche Verweigerung weiterer Leistungen an die vertragsbrüchigen Staaten nicht unwillkommen. Der „Temps“ greift sicherlich auf Veranlassung Poincarés — noch einmal eine wichtige Stelle der von der Regierung veranlaßten und in allen Einzelheiten gebilligten Denkschrift des als Späher nach Deutschland entsandten Herrn Daricac auf, in der es heißt:

Die französische Regierung hat wiederholt erklärt, daß Infolge der Nichterfüllung der Vertragsbestimmungen die Besetzungsdauer von 15 Jahren noch nicht begonnen hat. Es steht dem Unbezahnten Gläubiger frei, das Pfand (das besetzte Gebiet) zur Befriedigung seiner Ansprüche zu verwerten. Warum wird dieser Entschluß nicht endlich bekannt gegeben? Es ist eine Politik auf lange Sicht, bei der eine kluge diplomatische Übung für die Räte eines wohlbedachten Vorgehens aneinander setzen muß, die allmählich ein freies Rheinland unter militärischer Obhut Frankreichs und Belgiens von Deutschland loslösen wird.

Der „Temps“ bemerkt dazu — in höherem Auftrage, das seien in der Tat „territoriale Sanktionen“. — Die französische Regierung wird nun aller Wahrscheinlichkeit nach mit der Behauptung auftreten, seitens Deutschlands liege nicht nur eine „absichtliche Verfehlung“ mit der Folge „einfacher Sank-

tionen“ vor, sondern eine offene Verfehlung des Friedensvertrags in seiner Gesamtheit. Jetzt wird für die Reichsregierung die Zeit der eigentlichen Probe beginnen. Die Lage erfordert ohne Zweifel diplomatisches Geschick und eiserne Nerven. — einen Bismarck!

Paris, 15. Jan. Der italienische Botschafter hat Poincaré und dem Präsidenten Millerand einen längeren Besuch gemacht. Gerüchteleise verkündet, der Botschafter habe im Auftrag Mussolinis erklärt, die Ausdehnung der Besetzung des Ruhrgebiets sei weit über das hinausgegangen, was die französische Regierung anfänglich als ihre Absicht bezeichnet habe, und die italienische Regierung sei mit diesem Vorgehen nicht einverstanden. — Bestätigung bleibt abzuwarten.

Deutschlands Leistungen an den Verband

Da immer noch nicht genügend gewürdigt wird, welche ungeheuren finanziellen und sachlichen Leistungen Deutschland durch die Ausführung des Friedensvertrags schon vollbracht hat, ist es von Wert, gerade in diesem Augenblick noch einmal eine Zusammenstellung zu bringen.

I. Leistungen aus vorhandenen Beständen und Abtretung von Eigentum

Reichs- und Staatseigentum im In- und Ausland, ausschließlich Oberschlesien, Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmedy und der deutschen Kolonien 4,71 Goldmillarden, Saargruben 1,1 Goldmillarden, Kabel 0,935 Goldmillarden, Rücklagengüter aus den geräumten Gebieten 3 Goldmillarden, Waffenstillstands-Eisenbahnmateriale, Eisenbahnfahrzeugpark in den Abtretungsgebieten 1,626 Goldmillarden, Handelsflotte 7,310 3 Goldmillarden, Binnenschiffe 0,078 Goldmillarden, Aktien der marokkanischen Staatsbank 0,000 65 Goldmillarden, Liquidiertes deutsches Eigentum im Ausland 11,7 Goldmillarden, Abtretung der Ansprüche Deutschlands an seine ehemaligen Kriegsverbündeten 7 Goldmillarden, Barzahlungen 0,038 Goldmillarden, Summa: 36 646 450 000 Goldmark.

II. Leistungen aus laufender Produktion
Kohlen, Koks und Nebenprodukte 0,475 Goldmillarden, Farbstoffe 0,044 Goldmillarden, Vieh 0,104 Goldmillarden, Wiederaufbaulieferungen 0,3 Goldmillarden, Summa: 0,953 000 000 Goldmark.

III. Sonstige Leistungen

Bar- und Sachleistungen vom 1. Mai 1922 bis 31. Juli 1922 2,692 950 Goldmillarden, Zahlungen aus dem Ausgleichsverfahren 22 411 Goldmillarden, Besetzungskosten 4 Goldmillarden, Leistungen für interalliierte Kommissionen 2,9 Goldmillarden, Leistungen außerhalb der Wiederherstellungen (z. B. Unbrauchbarmachung von Kriegsgeräten) 6,34 Goldmillarden, Innere Ausgaben für Ausführung des Friedensvertrags (z. B. Entschädigung der Auslandsdeutschen und der Verdrängten) 7,256 Goldmillarden, Sicherheitsleistungen an das Garantiekomitee 3,375 Goldmillarden, Summa: 48 974 950 000 Goldmark, Gesamt-Summe: 86 274 400 000 Goldmark.

Der neue Raub von Elsaß-Lothringen, der Verlust von Oberschlesien, Eupen-Malmedy und aller deutschen Kolonien sind in diesen Zahlen nicht eingerechnet. — Noch niemals in der Weltgeschichte hat ein Volk so große Opfer gebracht, und doch soll es noch nicht genug sein!

Neue Nachrichten

Die Ausschreitungen der Besatzungstruppen

Berlin, 15. Jan. Dem Reichstag ist eine Denkschrift der Regierung über die Ausschreitungen von Angehörigen des Besatzungsheeres im besetzten rheinischen Gebiet zugegangen. Sie umfaßt 300 Fälle, darunter 65 vorsätzliche Tötungen, 65 Mißhandlungen und Ueberfälle, und 170 Sittlichkeitsverbrechen, soweit sie mit amtlichem Material festgestellt sind. Die Denkschrift beschränkt sich nur auf die schwersten Fälle. Die zahllosen Fälle von Befestigungen, Rohheitsstaten und dergleichen sind nicht aufgeführt, ebensowenig die vielen Fälle, in denen Deutsche durch grobe und brutale Fahrlässigkeit der Besatzungsangehörigen zum Tode oder zu Schaden gekommen sind.

Knopf ist der stumme Zeuge Deines Verbrechens. Im Ringen mit seinem Mörder hat Dein armer Vater denselben daran gefaßt und ihn losgerissen, daß er in seiner Hand geblieben. Blicke dann auf Deine Brust und sieh, daß dort ein Knopf fehlt, daß er gerade zu den anderen paßt und daß die Spur des gewaltsamen Abreisens an Deinem Gewande unverkennbar ist.“

Zusammenzuckend griff Wildl nach der Foppe — es war richtig. An derselben war wirklich ein Knopf losgerissen; der in der Totenhand paßte dahin und gleich den übrigen. — Wie jemand, der an seinen Sinnen irre zu werden beginnt, sagte er sich mit beiden Händen nach dem Kopfe, der ihm zu zerpringen drohte.

„Jesus, Maria und Joseph!“ stotterte er. „Was wollen Sie von mir, Herr Pfarrer? Der Knopf ist nicht von mir — der an meiner Foppe ist abgerissen, wie ich gestern Nacht auf die Brühl-Alm hinaufbin; da bin ich am Gewand in den Abgrund hinuntergerutscht.“

„Schlechte Ausrede!“ erwiderte streng der Pfarrer. „Ich wollte, ich könnte Dir jetzt einen Spiegel vorhalten, damit Du siehst, wie auf Deinem Angesichte das Bekenntnis Deiner furchtbaren Schuld geschrieben steht. Und Du wagst es, zu dieser entsetzlichen Tat noch die Lüge und die Verstellung zu süßen, statt in Reue zu vergehen? Rede, bekenne, wie kommst Du gerade hierher? Wohl um Dir den Schein der Unbefangtheit zu geben? Rede: Wo warst Du diese Nacht? Wo in der Stunde des Verbrechens?“

„Ich bin im Walde gewesen,“ stammelte Wildl, „und habe in der Heuhütte übernachtet.“

„Und der Beweis? Hast Du einen Zeugen dafür?“

„Keinen anderen als unsern Herrgott,“ war Wildl's schwache Erwiderung.

„Frevler!“ rief der Pfarrer wieder. „Mißbrauche und entweihe nicht den Namen des Ewigen, der so sichtbar selbst als Zeuge gegen Dich austritt! Alle Anzeichen sprechen gegen Dich. Der Unglückliche fand Dir im Wege, Deinen Zweck zu erreichen; Du hast in offener Feind-

schaft mit ihm gestanden. Gestern noch warst Du im Begriffe, tütlich Hand an ihn zu legen. Du bist aus dem Gewohrsam, in den man dich zur Vorsicht gebracht, entwichen, und Du hast noch die Stirn, zu leugnen?“

„O, wir haben schon Mittel, ihn zum reden zu bringen, sagte der Gerichtsdiener, indem er näher trat und einen Strick aus der Tasche zog. „Jetzt fängt mein Geschäft an. Her mit den Händen! Wildl, laß Dich binden! Gib Dich gutwillig, wenn ich Dir gut zum Räte bin! Du bist mein Arrestant.“

Wildl schrie auf, als der Scherge sich ihm näherte und er den entehrenden Strick wahrte. Er schien sich zur Wehr setzen zu wollen, aber die Anspannung der Nerven und die Erregung des Wutes war zu groß — plötzlich, wie vor die Brust getroffen, stürzte er bewußtlos zu Boden.

Der Gerichtsdiener machte sich daran, den bewußtlosen zu binden. Er kam aber nicht dazu. Judika, welche bisher gleich einer Wilsbäute dagestanden, eilte auf einmal zum Leben wieder und rief ihn zurück.

„Weg da!“ sagte sie. „das handelt's nicht beim Wildl. Einen, der sich nicht rühren kann, bindet man nicht, und wenn der Wildl wieder bei ihm selber ist, tut er keinen Widerstand: das weiß ich.“

Es war etwas in Judika's Wesen, was dem Gerichtsdiener nicht rätlich erscheinen ließ, sein Vorhaben auszuführen. Er trat bei Seite, indes die Knechte den zur Befestigung zurückkehrenden Burtschen mit Wasser besprengten und aufrichteten. Es kam so wie Judika vorausgesagt, Wildl war wie betäubt, aber er schloß sich an, dem Gerichtsdiener zu folgen, welcher anordnete, daß jemand bei dem Toten wachen und daß man alles so lassen solle, wie es sei, bis die Gerichtskommission eintreffe.

„Das braucht Ihr mir nicht zu sagen,“ rief Judika unwillig. „Das sagt mir schon mein gesunder Menschenverstand. Der Bauer ist tot; der Sohn ist so gut wie tot; ich habe so lange auf dem Himmelmoos gehaust und Ordnung gehalten — ich werde es jetzt auch zu Wege bringen.“

(Fortsetzung folgt.)

Verhafteter Landesverwehler

Essen, 15. Jan. Auf seinem Schloß De Ste del Kastrog wurde kurz vor dem Einmarsch der Franzosen Graf von der Schulenburg verhaftet. Er ist der Gründer des sogenannten „Späherkorps“, das in Aachen, Bonn und Düren Ortsgruppen hat. Schulenburg gehört zu der Landesverwehlerpartei der Smeets, Doerlen und Konforten, da aber der ganz ungebildete Smeets fürchte, von Schulenburg „überholt“ zu werden, überwarf er sich mit ihm und Schulenburg betrieb seitdem die Losrennung des Rheinlands mit kleinen „Späher“ auf eigene Faust. Er war schon vor dem Krieg übel beleumundet und gesellschaftlich erledigt.

Memel von den Litauern besetzt

Memel, 15. Jan. Ein Trupp von 30 Litauern zog mittags mitten in die Stadt Memel ein und ließ die ausgezogene Bärenbrücke herab, um dem Haupttrupp den Weg zu öffnen. Auf der französischen Kommandantur war die weiße Fahne aufgezogen. Die französischen Truppen halten die Kasernen und den Lokenturm noch besetzt. — Die ganze Geschichte ist höchst wahrscheinlich von dem französischen Kommissar Petisné mit der litauischen Regierung verabredet.

Der Kampf um das deutsche Eigentum in Italien

Berlin, 15. Jan. Die Verhandlungen mit Italien über das in Italien beschlagnahmte deutsche Eigentum sind gescheitert. Eigentum unter 50 000 Lire war schon vor dem Abkommen freigegeben. Aber auch für diese Vermögen sind so viele Verschleppungen und Auslegungen von Italien vorbehalten, daß die Eigentümer, wenn sie zu ihrem Gut überho zu kommen, noch viele Zeit und Geld verlieren, ganz abgesehen davon, daß die italienische Wira auf die Hälfte entwertet ist. So erklärte die italienische Regierung Bargesbeträge nicht für frei und behandelte Wertpapiere, Staatsschuldverschreibungen usw. als Bargesb. In der Hauptsache wurden bis jetzt nur ganz kleiner Hausbesitz und Möbel im Wert bis zu 50 000 Lire freigegeben. Bitten und Hotels deutschen Eigentums, die an den oberitalienischen Seen liegen, sind von der Freigabe überhaupt ausgeschlossen. Soweit sie nicht von der Regierung an Günstlinge „verschont“ sind — auch der Abenteuerer Annunzio hat eine solche deutsche Villa geschenkt bekommen, er ist aber im Kauf aus einem Fenster gefallen —, sollen sie demnächst von der Regierung versteigert werden. Die geschädigten Deutschen werden nun ihre Entschädigungsansprüche beim Reich anmelden.

Lord Curzon übernimmt wieder die Leitung der Außenpolitik

Paris, 15. Jan. Havas berichtet aus Lausanne, Lord Curzon wolle die Friedenskonferenz nicht zu Ende führen, sondern bei der gegenwärtigen Lage die Leitung des auswärtigen Amtes in London wieder übernehmen. Die Unterzeichnung des den Türken vorzulegenden Friedensvertrags soll Sir William Ruggell und Sir Horace Rumbold übertragen werden.

Amerikanisches Waffenausfuhrverbot

Washington, 15. Jan. Reuter. Präsident Harding hat den Verkauf von Waffen an fremde Länder und einzelne Personen verboten. (Ein europäischer Staat, der an der Entschädigungsfrage nicht beteiligt ist, soll ein Kaufgebot für 500 000 Gewehre gemacht haben. Es scheint sich um Russland zu handeln.)

Deutscher Reichstag.

Berlin, 15. Jan.

Am Montag hielt der Reichstag eine kurze Sitzung. Eingegangen war eine Vorlage zur Milderung des Gesekentwurfs über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Not der Presse.

Einem Reichsbeschluss des Versteherats zufolge erklärt sich das Haus damit einverstanden, daß von jetzt an kleine Anfragen nur am Mittwoch jeder Woche behandelt werden sollen.

Ein Gesekentwurf über die Verträge mit Österreich und der Tschechoslowakei zur Ausgleichung der in- und ausländischen Besteuerung und über Rechtschutz und Rechtskräfte in Steuerfachen und anderer Angelegenheiten wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

Ohne Aussprache angenommen wird das Uebereinkommen mit der finnischen Regierung über eine Gebietsfrage des Handelsverkehrs.

Der Gesekentwurf über die Erklärung der allgemeinen Verbindlichkeiten von Tarifverträgen wird in 1. und 2. Lesung angenommen.

Der Gesekentwurf über die Müllabgaben bei den Berufsgruppen... in 1. und 2. Lesung angenommen. — In allen drei Lesungen angenommen wird der 9. und 10. Nachtrag zum Reichshaushalt für 1922, der die Erhöhung der Beamtenbezüge bringt und der bereits vom Haushaltsausschuß verabschiedet worden ist.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 2 Uhr: Vorlagen über die wirtschaftliche Not der Presse, Anpassung des Strafgesetzbuchs an das Verfassungsgesetz.

Württemberg

ep. Stuttgart, 15. Jan. Aus der evang. Kirche Württembergs. Nach der soeben im Amtsblatt der Oberkirchenbehörde veröffentlichten Statistik des Jahres 1921 über das ev.-kirchl. Leben in Württemberg wurden von den lebend geborenen Kindern evangelischer Eltern 98 Prozent aus rein evang. Ehen und 62 Proz. aus gemischten Ehen getauft; von den in die Ehe getretenen Evangelischen wurden 92 Prozent der rein evangelischen und 44 Prozent der gemischten Paare kirchlich eingetraget; von den verstorbenen Evangelischen 95 Prozent mit kirchl. Handlungen bestattet. Die Zahl der Abendmahls Gäste betrug 897 038, somit 42 Prozent der evang. Bevölkerung; an den freiwilligen Jugendgottesdiensten nahmen durchschnittlich 81 038 Kinder teil. Uebertritte zur evang. Kirche fanden 334, Austritte aus derselben einschließl. derjenigen zu andern christl. Kirchen und Gemeinschaften 2962 statt. Die Zahl der noch nicht ständig angestellten Pfarramtsbewerber beträgt 157.

Preisstreikerei. Der Holz- und Kohlenhändler Johannes Kurz in Ostheim bekam im Februar v. J. von der Stadt Brennholzversorgung Holz, um es an Kinderbewilligte zu 21.50 M den Zentner abzugeben. Statt dessen verkaufte Kurz den größeren Teil, etwa 200 Ztr., zu den steigenden Tagespreisen und machte so einen Reinerlös von 80 000 M. Das

Wagnergericht Stuttgart betraufte ihn zu 200 000 M Geldstrafe und Einziehung des Uebererlöses.

Stuttgart, 15. Jan. Der Finanzausschuß des Landtags erledigte die Streitfragen zwischen den niederen und höheren Forstbeamten durch Annahme eines von allen Parteien unterstützten Zentrumsantrags, der die Absicht der Regierung betr. praktische Berufsausbildung des unteren Personals billigt. Die Stellen im Kanzleidienst sollen in erster Linie besonders befähigten Forstwarten zuerkannt werden. Die Dienstvorschriften sollen einer Durchsicht unterzogen werden.

Stuttgart, 15. Jan. Trauerkundgebung. Gestern früh läuteten die Glocken aller Kirchen Stuttgarts den Einspruch u. die Trauer wegen des franz. Raubüberfalls, während Deutschland wehrlos dasteht, hinaus über das Land und hinauf zum Himmel, der auch ein Trauergewand angelegt zu haben schien. Nach den stark besuchten Hauptgottesdiensten, in denen die Anklage laut vor Gott und dem Gewissen der Menschheit erhoben wurde, zitterte wieder der eberne Klang durch den Aether. In dem dichtgefüllten Festsaal der Viederhalle hatte sich die bürgerliche Gemeinde zu einer eindrucksvollen Kundgebung gegen die schändliche Gewalttat des Erbfeinds zusammengefunden, die nach passenden Ansprachen des Oberbürgermeisters Paulenschlager und des Staatspräsidenten Dr. Heber in einer einstimmig angenommenen Erklärung gegen den brutalen Vertragsbruch und ein Geböhrnis der unbedingten Unterstützung der Regierung in der Abwehr des frivolen Uebermuts ihre Spitze fand. Abends mahnten die Glocken abermals, der Pflichten in der Not nicht zu vergessen.

Stuttgart, 15. Jan. Rücktritt. Der langjährige Vorstand der chirurgischen Abteilung des Karlsruher Hofkrankenhauses Dr. Keller ist altershalber zurückgetreten. An seine Stelle tritt Dr. A. Reichle vom Kaiserlichen Hofhospital in Breslau.

Neckingen, 15. Jan. Ueberfahren. Der Holzhändler Karl Bötz aus Stuttgart wurde auf dem Bahnhof vom Abendzug überfahren und sofort getötet.

Schramberg, 15. Jan. Kommerzienrat E. Junghans, Mitbegründer der Welfirma, ist einem Schlaganfall erlegen. Er hat ein Alter von 74 Jahren erreicht.

Dulzhausen M. M. 15. Jan. Autounfall. Ein der bekannten gefährlichen Stelle der Landstraße Weisingen-Ilm, oberhalb der Steige, gegen Hinterdenkental, geriet ein Kraftwagen ins Rutschen und stürzte den Abhang hinunter. Der Wagenlenker war sofort tot, der Insasse wurde schwer verletzt. Es ist dies der 10. schwere Autounfall an dieser Stelle.

Mengen, 15. Jan. Die Waldweide ist von Schafhalter Raible um 700 000 M gepachtet worden.

Heilbronn, 15. Jan. Ueberfall. Auf die soz. Abgeordnete Frau Flegler von hier wurde in Berlin von einem mit einem Dolch bewaffneten Polen abends auf der Straße ein Raubüberfall gemacht. Auf ihre Hilferufe eilten Leute herbei, die sie aus der Hand des Räubers befreiten. Der Pole ist festgenommen.

Großgartach, 15. Jan. Diebstähle. In den letzten Tagen wurden an einem Bienenstand vom Dach drei Zinblechtafeln entwendet. In der Zichorienfabrik Brand wurde Eisen gestohlen. In einem Nordheimer Steinbruch wurde ein Kran abmontiert, aber von einem Landhänger wieder hier abgeholt, jedoch waren verschiedene Teile unbrauchbar gemacht.

Künzelsau, 15. Jan. Einspruch der Landwirte. Eine große Versammlung von Landwirten anlässlich des Pferdemarkts erhob Widerspruch gegen das Verfahren der Antaufsabteilung der Reichsgroßhandelsstelle, die den an den Kommunalverband Künzelsau abgelieferten Haber wegen mangelhafter Beschaffenheit zurückwies und dafür bessere Waren oder Gelderlag verlangte. Es wurde erklärt, daß bei dem monatelangen Regenwetter eine bessere Frucht nicht zu liefern sei, und verlangt, daß der Haber abgenommen und abgeführt werde, damit die in den Lagerhäusern angehäufte Frucht nicht noch ganz verderbe.

Reutlingen, 15. Jan. Diebstahl. Im Lauf der letzten Nächte sind im Lindach von einem Fabrikgebäude und von einem Fabrikshornstein die Blühaberleiter abgechnitten und entwendet worden.

Burnsingen bei Kollnburg, 15. Jan. Millionenerbschaft. Bei der Versteigerung des Nachlasses des kinderlos verstorbenen Ehepaars Lorenz Straub wurden für das Wohnhaus 800 000 Mark, für 40 A Grundstücke 1 572 000 Mark bezahlt. Insgesamt ergab sich eine Summe von 2 308 000 Mark.

Oberndorf, 15. Jan. Ungünstige Gemeinderatswahl. Vom Gemeinderat wurde die Wahl vom Dezember vorigen Jahres mit 11 gegen 5 Stimmen für ungültig erklärt. Für die Gültigkeit stimmten nur die 5 Mitglieder der sozialdem. Fraktion. Es muß also eine neue Wahl vorgenommen werden.

Schneefälle. Seit Mitte voriger Woche ist im Schwarzwald und teilweise auf der Alb viel Schnee gefallen. Am Sonntag abend hatten auch die tieferliegenden Gegenden Schneefälle zu verzeichnen.

Reichswehr und Ruhrbesetzung. Der Befehlshaber des Wehrkreises V verbietet der Reichswehr im Monat Januar die Beteiligung an Tanzergnügungen in öffentlichen oder dem Reich gehörigen Lokalen. Es wird erwartet, daß die Reichswehrangehörigen aller Grade sich zum Zeichen des Widerpruchs gegen die Ruhrbesetzung auch ferner zunächst von öffentlichen Lustbarkeiten zurückhalten.

ep. Die Frachtsfreiheit für Liebesgaben sendungen im Bereich der Inneren Mission ist bis zum 30. Juni 1923 verlängert worden. Das ist für die Unterstützung der Anstalten und der darbenenden Familien in den Städten durch Naturalgaben vom Land sowie durch Geldsendungen u. a. angesichts der steigenden Not von besonderer Bedeutung. Frachtbriefe sind durch die Landesvereinigung für Innere Mission in Stuttgart, Obere Bachstraße 39, zu beziehen.

Keine deutschen Radfahrer in Paris. Der Bund deutscher Radfahrer hat beschloffen, zu dem am 3. Februar in Paris stattfindenden Tagung des Internationalen Radfahrerbunds keine Vertreter zu entsenden, sondern den Schweizerischen Radfahrerbund um die Vertretung der Interessen des deutschen Bundes zu ersuchen.

Zur Milchnot

In Hamburg herrscht ein außerordentlicher Milchmangel. Das gibt einem großen Meiereibesitzer, F. Leblond, in Glinde bei Hamburg, Veranlassung zu folgender Erklärung: Im Jahr 1922 war die Futterernte so schlecht wie möglich. Infolge der Getreideunlage ist aber der Landwirt nicht in der Lage, die überaus teuren Kraftfuttermittel (Dankuchen, Kleie

usw.) des freien Handels zu kaufen. Um das Vieh dorthin zu bekommen, muß Stroh gefüttert werden, und es ist klar, daß bei diesem einseitigen Futter der Milchtrag stark zurückgeht. Meiereien, die sonst 10 000 Liter Milch nach Hamburg lieferten, haben ihren Betrieb eingestellt, andere mußten den Betrieb umstellen, weil die Ausgaben die Einnahmen weit überstiegen. Während der Wintermonate stellen sich die Fütterungskosten einer Kuh, die etwa 6 Liter Milch gibt, am Tag wie folgt: 30 Pfund Rüben (Zentner 800 Mark) 240 Mark, 15 Pfund Heu (7000) 1050 Mark, 15 Pfund Haferstroh (7000) 1050 Mark, 2 Pfund Dankuchen (16 000) 320 Mark, 2 Pfund Kleie (9000) 180 Mark, zusammen 2840 Mark. Es kommen also auf ein Liter Milch 478 Mark Futterkosten, wozu noch die hohen Inkosten für Löhne, Milchbehandlung, Vertrieb usw. kommen. Als ein Musterbeispiel führt Leblond die Stadt L a b e r an, die im Frühjahr 1922 große Mengen Kraftfuttermittel aufkaufte, die sie im Winter den Landwirten, die Milch nach Labed liefern zu Selbstkosten abgibt. Außerdem hat Labed vom Reich die Berechnung erhalten, die Meie, die es aus dem abgelieferten Brotgetreide gewinnt, zum Teil für die Milchverlängerung zu behalten. In Labed gibt es daher jetzt auch keine Milchnot, weil es Labed mit Kraftfutter ausreichend gepädert werden kann.

Weiter-Bericht

Die neue Ernte im Nordwesten macht sich jetzt Meier bemerkbar. Am Mittwoch und Donnerstag ist reichliches, in Höhenlagen mit Schneefällen verbundenes Wetter zu erwarten.

Zunahme der Anabengeburt in England. In den ersten drei Vierteljahren von 1922 wurden in England 309 251 Knaben geboren und 284 568 Mädchen. In normalen Zeiten belief sich das Verhältnis auf durchschnittlich 1040 Knaben zu 1000 Mädchen. Die neuen Zahlen aber zeigen ein Verhältnis von 1086 Knaben zu 1000 Mädchen. Dadurch wird die alte Erfahrung bestätigt, daß nach großen Kriegen immer mehr Knaben geboren werden.

Heftiger Schneefall ist seit 11. Januar in den Pyrenäen eingetreten.

Letzte Nachrichten.

Volam von den Franzosen besetzt.

Dortmund, 15. Jan. Die Franzosen sind am Montag um 1/1 Uhr in Vohum eingerückt.

Vohum, 15. Jan. Starke Kavallerieabteilungen sind mit zahlreichen Panzerautomobilen ins Stadttinnere eingedrungen. Der Hauptbahnhof wurde besetzt. Während des Einmarsches der Truppen fand im Rathaus eine außerordentliche Sitzung der städtischen Absperschaften statt.

Nachmittags setzten sich französische Truppen in der Richtung nach Witten in Bewegung. Die Truppen, die den Hauptbahnhof besetzt halten, bestehen aus Belgern, die aus der Richtung Linden kamen.

Auch Dortmund und Barmen soll besetzt werden.

Paris, 15. Jan. Das „Journal“ erklärt, wegen des Verfalls des Kohlenindizes würde die militärische Besetzung bis in die Gegend von Dortmund und Barmen ausgedehnt. Es sei sogar wahrscheinlich, daß auch diese zwei Städte besetzt werden. Ein weiteres Moment, das zu Gunsten Frankreichs benutzt werden könnte, findet das Blatt in der möglichen Ersetzung der deutschen Währung durch eine andere. Die französische Finanzverwaltung studiere augenblicklich die Frage der Ausgabe eines neuen Geldes, das man wahrscheinlich Taler nennen werde und dessen Kaufkraft zwar nicht die des französischen Franken erreichen, aber doch die der deutschen Mark wesentlich übersteigen werde.

Verbot des Reichskohlenkommissars.

Berlin, 15. Jan. Beim Bergbauverein in Essen ist folgendes Telegramm des Reichskohlenkommissars eingelaufen: Unter Bezugnahme auf die Besprechungen der französischen Ingenieurkommission mit den Besekensitzern verbiere ich nach dem französisch-belgischen Einbruch in das Ruhrgebiet hiermit ausdrücklich die Lieferung von Kohle und Koks nach Frankreich und Belgien, auch für den Fall einer vorschubweisen Bezahlung.

Franzosen Ratt der Amerikaner in Koblenz.

Paris, 15. Jan. Wie der „Matin“ aus Koblenz meldet, ist es ungewiss, daß die von den Amerikanern verlassene Zone von den französischen Truppen besetzt wird und es sei möglich, daß an Stelle der 1200 amerikanischen Soldaten 3 bis 4000 französische Soldaten untergebracht werden.

Tagung der Heereskammer.

Berlin, 15. Jan. Im Reichswehrministerium trat die Heereskammer zu einer 14tägigen Beratung zusammen. Reichswehrminister Dr. Gehrler wies in einer Begrüßungsansprache auf den Ernst der Lage hin und betonte, daß er volles Vertrauen in die Reichswehr habe, die, wohin sie auch gestellt werde, ihre Pflicht tun werde. Mit besonderer Genugung stellte der Reichswehrminister fest, daß die Reichswehr sich in allen Teilen des Vaterlandes durch Zucht und Ordnung Ansehen erworben. Den wirtschaftlichen Sorgen, insbesondere dem Uebertritt ausgebildeter Heeresangehöriger in das Zivilleben, werde der Minister sein besonderes Augenmerk zuwenden.

Memel im Besitz der Litauer?

Berlin, 15. Jan. Vor Memel sind heftige Kämpfe zwischen Litauern und Franzosen im Gange. Die Litauer wurden mehrfach zurückgeworfen. Sie sind sehr gut bewaffnet. Nach den neuesten Meldungen sollen die Litauer die Stadt Memel bereits eingenommen haben. Im Gegenjah hierzu berichtet eine spätere Meldung nur von lebhaften Kämpfen in unmittelbarer Nähe der Stadt.

Gegen die räuberischen Litauer.

Paris, 15. Jan. Der gegenwärtig sich in Warschau befindliche Oberst Dreuffon ist von der Bolschakoff-Konferenz nach Memel geschickt worden, um dort das Kommando der alliierten Truppen gegen die Aufständischen zu übernehmen. Gleichzeitig ist der große Schlachtkreuzer „Voltaire“ nach Memel in See gegangen.

Warschau, 15. Jan. Die polnische Flotte hat Befehl erhalten, mit der englischen zusammen vor Memel zu demonstrieren.

Notiales.

Wildbad, den 16. Jan. 1923.

Aus der Sitzung des Gemeinderats vom 9. Jan. 1923.

Schulhausneubau in Sprollenhäus. Durch Erlass des Co. Oberbürgermeisters vom 26. Juli 1922 wird die Notwendigkeit der Erbauung eines neuen Schulhauses für die Parzelle Sprollenhäus festgestellt und der Gemeinderat beauftragt, diesbezügliche Beschlüsse vorzulegen. Nach Angabe des Stadtbauamts erfordert der Bau eines Schulhauses in Sprollenhäus mit 4 Schulzalen und 1 Lehrerwohnung z. Zt. einen Bauaufwand von 80-100 Mill. Mark. Ohne sich für einen Neubau bindend zu entscheiden, wird beschlossen, das Stadtbauamt zu beauftragen, Plan und Kostenvoranschlag über einen Schulhausneubau in Sprollenhäus in aller Eile zu fertigen und dem Gemeinderat vorzulegen, ferner eine Kommission, bestehend aus dem Vorsitzenden und den Gemeinderäten Schmid und Brachhold zu beauftragen, einen geeigneten Bauplatz für den Neubau in Sprollenhäus unter Zuziehung des dortigen Anwalts und Hauptlehrers auszusuchen.

Talsperrenprojekt der Stadt Stuttgart.

Die Stadtgemeinde Stuttgart plant im Zusammenhang mit der von ihr projektierten Schwarzwaldwassererzeugung die Erstellung einer Talsperre im Regelbachtal auf hiesiger Markung. Die Talsperre hat die Aufgabe, die Wasserführung des Regelbachs und damit der Eng derart zu regeln, daß bei Niedrigwasser Erstauffwasser für das nach Stuttgart abzuleitende Grund- und Quellwasser zur Schadloshaltung der Unterlieger abgegeben werden kann. Die Stadt Stuttgart bittet um Genehmigung zur Errichtung der Talsperre auf Grund der Art. 29 des Wassergesetzes, wozu sich der Gemeinderat zu äußern hat. Es wird beschlossen, folgende Äußerung abzugeben: Die Stadtgemeinde Wildbad erhebt gegen die Erstellung einer Talsperre im Regelbachtal Einsprache, da sie einen Teil der von der Stadtgemeinde Stuttgart geplanten Schwarzwaldwassererzeugung bildet, deren Ausführung ohne große Schädigung des Bades und der Stadt Wildbad nicht möglich ist. Die Stadtgemeinde Wildbad beruft sich hierbei auf ihre früheren Erklärungen. Nach Ansicht des Gemeinderats ist es nicht angängig, aus einem größeren Projekt Teile herauszugreifen, um sie einzeln konzessionieren zu lassen, in der offensibaren Absicht, sich bei dem späteren Konzessionsverfahren des Ganzen auf die frühere Genehmigung berufen und dadurch einen Druck auf die Regierung ausüben zu können. Da durch die geplante Talsperre auch städt. Eigentum im Regeltal berührt wird, erhebt die Stadtgemeinde auch in ihrer Eigenschaft als Grundeigentümerin Einsprache. Eine nähere Begründung seiner Einsprachen behält sich der Gemeinderat noch vor.

Gas- und Kokspreis. Die in letzter Zeit weiter eingetretene Steigerung der Kohlenpreise, Löhne, Frachten u. machen eine Erhöhung der Gas- und Kokspreise nötig. Es wird beschlossen, den Gaseinheitspreis mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab auf 60 Mk. je cbm. zu erhöhen, und den Kokspreis mit sofortiger Wirkung auf 750 Mk. je Zentner, den Preis für Holzkohle auf 500 Mk., für 1 Zentner, den Preis für Teer auf 30 Mk. für 1 Kilo festzusetzen. Die Gaspreise in anderen Städten sind beträchtlich höhere, z. B. in Stuttgart 110 Mk., Heilbronn 115 Mk., Eßlingen 110 Mk., Schramberg 120 Mk., Biberach 120 Mk., Bietigheim 150 Mk., Ludwigsburg 75 Mk., Tübingen 75 Mk. usw.

Erhöhung der Preise für elekt. Strom. Die weitere Steigerung der Rohmaterialpreise und Löhne erfordern eine nochmalige Erhöhung der Strompreise. Es wird beschlossen, mit Wirkung vom 1. Januar 1923 an den Preis für elektr. Lichtstrom auf 60 Mk. und für Kraftstrom auf 50 Mk. für 1 Kilowattstunde festzusetzen. In Stuttgart beträgt der Lichtstrompreis 255 Mk., in Eßlingen 243 Mk., Ravensburg 242 Mk., Biberach 220 Mk., Gemeindeg. Elektr. Werk Leinach 220 Mk., Calw 100 Mk., Friedrichshafen 130 Mk. usw.

Wasserkraftprojekt. Für das geplante Wasserkraftprojekt in Rottwasser sollen verschiedene Materialien, die zu Festpreisen bestellt werden können, so 400 lfd. m Mannesmannröhren, 200 lfd. m Eisenbetonröhren u. A. bestellt werden. Um der Einwohnerschaft volle Aufklärung über das Projekt zu geben, soll das den Entwurf fertigende Wasserkraftamt in Stuttgart ersucht werden, an einem der nächsten Sonntage einen Vortrag über das Projekt in der Turnhalle zu halten.

Die Bürgerungsfrage. Schon von Beginn der Sitzung an wird von verschiedenen Gemeinderatsmitgliedern auf die Äußerungen in der Turnhalle Bezug genommen und dagegen Verwahrung eingelegt.

Der Vorsitzende bemerkt zur Bürgerungsfrage, daß die Nutzung alljährlich nach den Bestimmungen des Art. 20 und 21 des Gemeindeangehörigkeitsgesetzes und der die Nutzung regelnden Ministerialerlasse berechnet und vom Gemeinderat beschlossen worden sei. Letzterer sei hierzu allein zuständig. Mehr zu verteilen, sei nicht möglich gewesen. Die nächste Nutzung pro 1923/24 könne ca. 30000 Mk. ausmachen, die pro 1924/25, wenn die jetzigen Holzpreise anhalten, noch höher ausfallen. Der Ankauf des Löwen schmälere die Nutzung um keinen Pfennig. Die Berechnung erfolge auf Grund der Waldrechnung und der Stadtpflegerrechnung. Sie sei von ihm nicht gefertigt, sondern werde nur von ihm geprüft. Wenn allgemein der Wunsch bestehe, daß Brennholz an die Bürger in Natura verteilt werde, so sei der Gemeinderat bereit, einen dahingehenden Beschluß zu fassen. Der ganze Brennholzfall des Stadtwaldes von künftig 3000-4000 Nm. ginge dann an die Nutzungsbürger, so daß einer 4-5 Nm. bekomme. Der Versuch solle gemacht werden, wenn er auch keine Aussicht auf Genehmigung hätte, damit die Nutzungsbürger den guten Willen des Gemeinderats sehen. Es sei bedauerlich, daß Zwist und Unruhe in die Einwohnerschaft hineingetragen worden sei. Wohin das führen könne, werde die Zukunft zeigen. Er und der Gemeinderat hätten fr. Zt. das Versprechen gegeben, die Nutzung zu erhalten. Diesem Versprechen seien sie bisher treu geblieben und werden es auch künftig tun. Sie seien ja alle selbst Nutzungsbürger; gegen Gesetz und Ordnung können sie aber nicht handeln.

Turnhalleversammlung. Eine Abordnung der Versammlung wünscht dem Gemeinderat ihre Wünsche in der nächsten Gemeinderatsitzung mündlich vorzutragen. Mit namentlicher Abstimmung beschließt der Gemeinderat einstimmig, die Abordnung aufzufordern, ihre Wünsche dem Gemeinderat schriftlich einzureichen, worauf dieser seine Entscheidung treffen werde.

Aus diesem Anlaß verwahren sich eine Anzahl Mitglieder des Gemeinderats gegen die in der Versammlung gehaltenen Äußerungen. Gemeinderat Kappelmann erklärt, es sei tief bedauerlich, daß über den Stadtvorstand und den Gemeinderat von unverantwortlichen Leuten in dieser Weise losgezogen werden könne. Der Stadtvorstand und der Gemeinderat könne von sich behaupten, daß sie ihre Pflicht stets nach bestem Wissen und Gewissen erfüllt hätten. Sie hätten sich seither von Niemand beeinflussen lassen und noch ihrer Überzeugung getreu und gehandelt und werden sich auch jetzt nicht durch Drohungen einschüchtern lassen, sondern das tun, was ihnen ihr Gewissen und ihr Dienstverpflichtung vorschreibe. Gemeinderat Brachhold erklärt, daß viele Einwohner schon mit Rücksicht auf den Ernst der Zeit die Vorgänge in der Turnhalle nicht billigen. Was der Stadtvorstand in seiner 18jährigen Dienstzeit geleistet habe, sei jedermann bekannt und dafür schulde man ihm Dank. Wenn man einen Beamten, der seine Pflicht so erfüllt, wie der Stadtvorstand, er erinnere nur an das, was er während der Kriegszeit geleistet habe und der seine Gesundheit im Dienste der Stadt zermürbe, in solch unberechtigter Weise angreife, dann höre einfach Alles auf. Er beantrage, daß der Gemeinderat hiergegen entschieden Verwahrung einlege und dem Stadtvorstand sein volles Vertrauen ausspreche. Zufolge Antrags des Gemeinderats Schlüter, der sein Einverständnis erklärt, wird auch über diesen Antrag namentliche Abstimmung vorgenommen, die einstimmig die Annahme folgender Erklärung ergab:

„In der Versammlung am 6. Januar 1923 wurden von extremer Seite Angriffe gegen den Stadtvorstand und Gemeinderat gerichtet, die auf Unwahrheit und Unwissenheit beruhen. Der Gemeinderat verwahrt sich entschieden gegen diese Angriffe und versichert — dankbar anerkennend, was der Stadtvorstand während seiner 18jährigen Tätigkeit für die Stadt geleistet hat — ihn

feines vollen Vertrauens. Letzterer und der Gemeinderat haben die Überzeugung, stets ihre volle Pflicht erfüllt zu haben. Sie lassen sich durch Einschüchterungen in der Erfüllung ihrer Amtspflichten nicht beeinflussen und werden nach wie vor das tun, was sie nach Pflicht und Gewissen im Interesse der Stadt für nötig halten. Etwasige Beschwerdeführer verweisen sie auf den gesetzlichen Weg der Beschwerde an das Oberamt und an die Kreisregierung.“

Es werden noch eine Anzahl kleinerer Gegenstände erledigt.

Stiftungen für Jugendherbergen. Zu der in den württ. Zeitungen erschienenen Notiz, wonach die Stadtgemeinde Holz im Werte von 4,5 Millionen Mark zum Ausbau der Jugendherberge des Skilub Schwarzwald zur Verfügung gestellt habe, erhalten wir vom Städt. Forstamt folgende Richtigstellung:

„Die Stadtgemeinde Wildbad hat im Herbst letzten Jahres dem S.-C. S. die unentgeltliche Abgabe von Stangen und Steinen zur Errichtung einer Winter-sportstätte unter gewissen Bedingungen zugesagt. Abgegeben wurden im Ganzen 360 Stangen im Wert von 28000 Mk. Von einer Ueberlassung von 50 cbm Holz im Wert von 4,5 Mill. ist hier nichts bekannt. Von der Erbauung einer Jugendherberge ist überhaupt nie die Rede gewesen, da hier bereits eine solche seit Jahren besteht. Die Hütte ist Eigentum der Stadt.“

Falsche Meldung. Das heute vormittag hier kursierende Gerücht, die Franzosen würden Süddeutschland besetzen, entbehrt jeder Grundlage.

Handelsnachrichten.

Dollarkurs am 16. Januar: 14 200.— (12 205.40).

1 Pfd. Sterling 55 062, 100 Doll. Gulden 468 241, 100 Sch. Franken 222 442, 100 franz. Franken 81 595, 100 Italien. Lire 58 335, 100 österr. Kronen 16.93, 100 schwed. Kronen 33 918, 100 poln. Mark 55 A.

Der Gegenwert für einen Goldfranken beträgt ab 18. Januar 2200 Mark.

Die Verlegung des Kohlenfundbaus von Essen nach Hamburg wird nach der Ansicht der Sachverständigen die Verteilung und Abbesförderung der Kohlen sehr stark beeinflussen, da die Franzosen die allbewährte deutsche Organisation nicht ausgleichen können. In Mittel- und Süddeutschland wird daher bald mit einer Störung und Kohlenmangel zu rechnen sein, der durch Auslandskohle, vor allem aus England ausgeglichen werden mußte. England wird daran das größte Interesse haben, da es seine Arbeitslosigkeit erleichtert, in Deutschland werden aber die Warenpreise eine beträchtliche Erhöhung erfahren.

Die Erhöhung des Kohlenpreises um 67.7 Prozent (Markt um 50 Proz.) ist nach halbamtlicher Begründung dadurch nötig geworden, daß die Lohnerhöhung um 60 Prozent für den Monat Januar rückwirkend wurde. Der Tonnenpreis für Ruhrkohle wird sich nun ab Jede auf 38 044 A stellen. Die Stadt Oelsenkirchen-Hamburg beträgt 18 000 A für die Tonne, in Hamburg wird also die Kohle auf rund 57 000 A die Tonne kommen. Die englische Kohle kostet in Hamburg bei einem Grundpreis von 27 Schilling etwa 65 312 A, es bleibt sonach ein allerdings nicht großer Preisunterschied.

Die Lagerpreise für Eisen wurden vom Westdeutschen Eisenhändlerverband wegen der Frachtkosten um 900 A pro 100 Kq. erhöht. Stabstaben in Thomaqualität kostet 36 000 A, Siemens-Martin-Qualität 29 200 A der Doppelzentner.

Steigende Lebensmittelpreise. Im Hamburger Großhandel erwartet man in den nächsten Tagen ein starkes Steigen der Preise für Fette (Butter, Margarine, Palmöl, Talg), Reis, Mehl und Zucker.

Der Weizenpreis Spezial 0 blieb in Mannheim vorläufig auf 74 000 A für den Doppelzentner, doch wurden schon Verkäufe zu 82 000 A abgeschlossen.

Markte

Schweinepreise. In Eßlingen kostete das Paar Milchschweine 40-52 000 A, das Paar Läuferchweine 60-140 000 A; in Hall kostete ein Milchschwein 25-45 000 A, ein Läuferchwein 50-60 000 A; in Herrenberg das Paar Milchschweine 36 000 Mark, Läuferchweine 80-90 000 A; in Ravensburg galten kleine Ferkel 20 000 A, mittlere 23 000 A, große 25 000 A, Läuferchweine pro Stück 30-35 000 A.

Schlaf a. N. 15. Jan. Dem Vieh- und Schweinemarkt wurden zugeführt: 21 Ochsen und Stiere, 16 Kühe, 92 Rinder und Kalbinnen, 1 Kalb. Bei hohen Preisen ging der Handel etwas langsam. Für 1/2-jährige Rinder wurden 150 000-350 000 A, für Kühe 240-750 000 A, für Kalbinnen 500-800 000 A, für Stiere (Anschlinge) 270-350 000 A bezahlt, je das Stück. Ein Paar Ochsen galt 1 200 000-1 600 000 A. — Auf dem Schweinemarkt waren 64 Milchschweine zugeführt, die sämtlich zu 50 000 bis 70 000 A das Paar abgesetzt wurden.

Bekanntmachung betreffend Altersrente und Invalidenrente.

Gemäß dem Erlass des Vorstandes der Landes-Versicherungsanstalt Württemberg vom 19. 12. 22 Nr. 2446 kommt die Altersrente vom 1. Jan. 1923 ab in Wegfall.

Von diesem Zeitpunkte an erhält der Versicherte, welcher das 65. Lebensjahr vollendet hat Invalidenrente, wenn er die Wartezeit für dieselbe erfüllt und die Anwartschaft anrecht erhalten hat.

Für die Umwandlung der bisher bewilligten Altersrente in die höhere Invalidenrente genügt ein kurzer Antrag, der bei unterzeichneter Stelle entgegengenommen wird.

Die antragstellenden Altersrentner haben ihre laufende Quittungsarte, die in ihren Händen befindlichen Aufrechnungsbescheinigungen, ihren Rentenbescheid und — wenn unter 15 Jahre alte Kinder vorhanden sind — einen Familienregisterauszug vorzulegen. Letzterer ist auf dem hiesigen Einwohnermeldeamt erhältlich.

Ausdrücklich wird noch bemerkt, daß mit der Erlangung der Invalidenrente infolge der Erreichung des 65. Lebensjahres — anders als bei der seitherigen Altersrente — die Pflicht zur Entrichtung von Beiträgen zur Invalidenversicherung aufhört. Insofern aber kein Antrag auf Gewährung von Invalidenrente gestellt ist, wird die freiwillige Weiterentrichtung der Beiträge nicht beanstandet.

Wildbad, den 15. Januar 1923.

Ortsbehörde f. d. Arbeiterversicherung in Wildbad: Gutbub.

Mieterverein Wildbad. Sonntag, den 28. Januar 1923, nachmittags 2 Uhr im Bahnhofshotel (Eisenbahn) Generalversammlung.

- Tagesordnung:
1. Rechenschaftsbericht.
 2. Neuwahlen.
 3. Festsetzung des Beitrags.
 4. Verschiedenes.
- Vollzähliges Erscheinen ist notwendig. Der Ausschuß.

Wir suchen für sofort zuverläss. Austrägerin für das „Wildbader Tagblatt“ gegen gute Bezahlung.

Ein Paar wenig getragene amerikanische Halbhuhe (für ein Kind von 4-5 Jahren) zu verkaufen. Anzsh. in der Exp. d. Bl.

Ev. Kirchenchor. Heute Dienstag abend 8 Uhr Probe für die Damen, Freitag für die Herren.

Bitte um Beachtung!

Infolge der Preiserhöhungen jeder Art Lebensbedarf sowie Betriebsmittel, sehen auch wir uns genötigt, alle unsere Bedienungspreise

ab heute um 100 Prozent zu erhöhen.

Schwarzwaldfrühzwangsinnung, Gruppe Oberamisbezirk Neuenbürg.

Ein braves, fleißiges Mädchen kann sofort bei uns eintreten. Reformschule Wildbad.

Mietverträge, Schuldscheine, Zahlungsbefehle, Lehrverträge

sind am Lager Buchdruckerei Wildbader Tagbl.

Herren-Anzüge, Ulster, Schlüpfer, Feldgraue Hosen, Manchesters-Hosen, Gestreifte Sonntagshosen, Buglin-Hosen, Zwirnhosen, Engl. Lederhosen, Winterkledmittel, Windjacken, Arbeitsmäntel, Drilch-Anzüge, Blaue Arbeitsanzüge, sowie sämtliche Sorten Säguwaren, offriert Weintraub, Karlsruhe, Kronenstr. 52.